

CDU-Fraktion
Moltkestr. 56
33330 Gütersloh
Tel.: 78019
fraktion-rat@cdu-guetersloh.de

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Hohenzollernstr. 24
33330 Gütersloh
Tel.: 14051
gruene.guetersloh@gtelnet.net

UWG-Fraktion
Julius-Leber-Str. 1
33332 Gütersloh
Tel.: 54482
info@uwg-guetersloh.de

An die Bürgermeisterin
Frau Maria Unger
Rathaus - Berliner Str. 70

33330 Gütersloh

Offener Brief

Zur Kenntnis an:
Frau Christine Lang
Vertreter der Gütersloher Presse

05.02.2010

Sehr geehrte Frau Unger,

wir, die Fraktionen von CDU, Grünen und UWG wenden uns heute an Sie – die gewählte Vertreterin der Gütersloher Bürgerinnen und Bürger und Chefin der Verwaltung – denn wir sind in großer Sorge über die Zukunft unserer Stadt!

Die finanzielle Situation dieser Stadt ist katastrophal. Das ist – seien wir ehrlich – nur zu einem kleinen Teil Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. In ihrer Rede zur Einbringung des Haushaltes 2010 brachte die Kämmerin das auf den Punkt: „Ausgangspunkt für unsere Lage ist ein im Grunde schon seit vielen Jahren bestehendes strukturelles Defizit, welches nur in vereinzelten Jahren durch besonders günstige Steuerentwicklungen vermieden werden konnte.“

Wir haben in Gütersloh viele Jahre lang gut gelebt; unsere Standards liegen zum Teil weit über denen anderer Kommunen.

Wenn wir jetzt nicht handeln, sind uns durch eine Haushaltssicherung oder gar durch einen Nothaushalt die Hände gebunden. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, Sie wissen so gut wie wir, dass die Einschnitte für die Bürgerinnen und Bürger dann deutlich gravierender sein werden als das, was derzeit diskutiert wird. Die Lage ist also ernst!

Nur wenn wir es jetzt gemeinsam schaffen, die Ausgaben im erforderlichen Maß zu senken, haben wir eine Chance, die Infrastruktur in Gütersloh mit ihren vielfältigen Bildungs- und Kulturangeboten langfristig zu erhalten.

Unsere Probleme lösen wir nicht, indem wir durch kurzfristige Einsparungen den Weg in die Haushaltssicherung in diesem Jahr vermeiden. Unsere Probleme lösen wir nur, indem wir mittel- bis langfristig wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Wir, die Fraktionen von CDU, Grünen und UWG, haben unsere Hausaufgaben in diesem Punkt gemacht: In der Klausurtagung am 16.01.2010 haben wir Bereiche aufgezeigt, in denen wir uns Einsparungen vorstellen können und mittragen würden.

Jetzt sind Sie an der Reihe, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Unger: Wir erwarten, dass Sie – wie besprochen – ein entsprechendes Maßnahmenpaket vorlegen. Daraus muss plausibel und realistisch hervorgehen, welche Einsparungen in welchem Jahr erzielt werden, um bis 2015 wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen.

Bis vor kurzem haben wir geglaubt, wir wären uns in diesem Ziel und der Vorgehensweise einig, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin. Mittlerweile hegen wir daran jedoch begründete Zweifel. Es ist uns deshalb ein Anliegen, die Entwicklung noch einmal kurz zu skizzieren:

Am 27.11.2009 haben Sie den Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 eingebracht und vor dem Hintergrund eines in dieser Größenordnung bislang unvorstellbaren Haushaltsdefizits um Zustimmung für höhere Belastungen unserer Bürgerinnen und Bürger sowie schmerzhaftes Einschnitte im Bereich der freiwilligen Leistungen geworben. Die Kämmerin formulierte in ihrer Haushaltsrede: „Wir müssen sparen, um weiterhin gestalten zu können.“

Am 30.11.2009 kam es im Finanzausschuss zu einer ersten Grundsatzberatung über den Haushalt 2010 und die wahrscheinlich unvermeidbare Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Sie warben vor diesem Hintergrund um Zustimmung für eine vorgezogene Erhöhung der Realsteuersätze (Gewerbe- und Grundsteuer) – deutlich über die im Rödl & Partner-Kompromiss vereinbarten Sätze hinaus.

Wir haben Ihrem Vorschlag – schweren Herzens – in der Ratssitzung am 18.12.2009 zugestimmt. Die Zustimmung ist uns deshalb so schwer gefallen, weil wir eines verhindern wollten: Der Haushalt dieser Stadt darf nicht allein auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger konsolidiert werden. Die Konsolidierungsmaßnahmen dürfen nicht allein darin bestehen, Steuern und Gebühren zu erhöhen oder Zuschüsse zu Institutionen, Vereinen etc. zu kürzen. Wir glauben, dass auch die Verwaltung selbst einen signifikanten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten muss. Deswegen haben wir unsere Zustimmung unter den Vorbehalt gestellt, dass folgende Ziele verbindlich vereinbart werden:

1. Wiedererreichen des Haushaltsausgleichs bis 2015
2. Verbesserung der Finanzsituation bis 2012 um 5.000.000,00 €
3. Personalkostenreduzierung bis 2015 um 10 %

Die große Mehrheit der gewählten Ratsmitglieder hat diesem Grundsatzbeschluss zugestimmt. Sie selbst haben den Zielvorgaben zu Ziffer 1. und 2. uneingeschränkt zugestimmt. Im Protokoll der Ratssitzung wird Ihre Stellungnahme wie folgt zitiert:

„Selbstverständlich müsse es das Ziel sein, den Haushaltsausgleich so schnell wie möglich herbeizuführen und die Haushaltssicherung zu vermeiden. (...)

Die haushaltswirtschaftliche Lage sei sehr ernst. Sie appelliere daran, politisch zu entscheiden, wo Schwerpunkte gesetzt werden sollen und was Gütersloh sich zukünftig nicht mehr leisten wolle. (...)

Am Anfang müsse die Aufgabenkritik stehen.“

Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, haben anschließend den Ältestenrat einberufen. Ein Fahrplan zur Haushaltskonsolidierung wurde einstimmig verabschiedet. In Ihrer Einladung zur Klausurtagung von Politik und Verwaltung am 16.01.2010 heißt es:

„Als Ergebnis der Klausurtagung wird angestrebt, Produkte mit einem Reduzierungsprozentsatz zu bestimmen, die im Weiteren von der Verwaltung im Hinblick auf die Umsetzungsvoraussetzungen und konkreten Auswirkungen der Produktreduzierung näher zu untersuchen sind. (...)

Die Verwaltung wird in der Sitzung ebenfalls ihre Vorschläge und Denkanstöße zu den Produkten darlegen.“

Entgegen Ihrer Ankündigung in der Einladung wurden von der Verwaltung keine Sparvorschläge in dem erforderlichen Volumen eingebracht. Sie überließen es der Politik, die von Ihnen mehrfach als notwendig bezeichnete Aufgabenkritik zu üben und Bereiche zu benennen, in denen die Ratsvertreterinnen und –vertreter bereit sind, eine Reduzierung der Standards politisch mit zu tragen.

Anders als es die Lektüre der Zeitungen derzeit glauben lässt, wurde in der Klausurtagung noch kein einziger Sparbeschluss gefasst. Vielmehr wurde die Verwaltung im Hauptausschuss am 18.01.2010 – auf Ihren Vorschlag hin – einstimmig beauftragt, die in der Klausurtagung genannten Einsparpotentiale auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen und – soweit möglich – bereits in die laufenden Haushaltsplanberatungen einzubringen.

In der Finanzausschusssitzung am 25.01.2010 erklärte die SPD-Fraktion, dass man die Sparbemühungen einstellen könne. Das Haushaltsziel für 2012 sei bereits erreicht. Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, wissen, dass das nicht stimmt. Aber Sie widersprachen nicht. Stattdessen lassen Sie zu, dass Mitarbeiter Ihrer Verwaltung die von Ihnen eingeforderten Sparbemühungen öffentlich und nicht-öffentlich konterkarieren.

Haushaltskonsolidierung kann und wird nur gelingen, wenn Verwaltung und Politik an einem Strang ziehen. Uns – der Politik – ist in der Vergangenheit oft vorgeworfen worden, nicht aufzuzeigen, wo denn gespart werden könne. Das haben wir jetzt getan. Nun sind Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Unger, in allererster Linie gefordert.

Niemand in dieser Stadt möchte, um einige Beispiele zu nennen, Zuschüsse an Vereine kürzen, Schulbibliotheken schließen und/oder die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt für die Benutzung der Sporthallen – wie in Ihrem Haushaltsentwurf vorgesehen – zur Kasse bitten. Ebenso wünscht sich wohl niemand eine weitere Spirale von Steuer- und Gebührenerhöhungen.

Wir, die Fraktionen von CDU, Grünen und UWG, haben Ihnen dennoch zugesagt, diese unpopuläre und schwierige Wegstrecke mit Ihnen gemeinsam zu gehen – aber Sie, Frau Bürgermeisterin, müssen die Richtung vorgeben.

Denken Sie dabei daran, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unser aller Maßstab sein sollten. Wir sind überzeugt, dass innerhalb der Verwaltung noch Einsparpotenziale sind, die gehoben werden können, ohne unzumutbare Belastungen für die Bevölkerung zu verursachen. Nutzen Sie auch diese Einsparpotenziale – auch wenn eine ernsthafte Aufgabenkritik natürlich personalwirtschaftliche Konsequenzen hat. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter: In der freien Wirtschaft leisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Unternehmen, die in finanziellen Schwierigkeiten stecken, Solidarbeiträge – verzichten zum Beispiel auf Gehaltserhöhungen oder auf Zusatzleistungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld. Müssen denn für öffentliche Verwaltungen andere Maßstäbe gelten?

Am Ende dieser Wegstrecke wird – leider – nicht mehr das Angebot stehen, dass wir unseren Bürgerinnen und Bürgern bislang bieten konnten. Aber es wird immer noch ein solides Angebot bestehen bleiben. Wir werden uns an das Angebot annähern, das in den meisten anderen Kommunen schon immer Standard war.

Das ist keine schöne Aufgabe, und wir fordern Sie noch einmal auf, die Bürgerinnen und Bürger dabei mitzunehmen. Auch das war Teil des Grundsatzbeschlusses vom 18.12.2009. Doch schon jetzt erreichen uns Briefe von Bürgerinnen und Bürgern, die sich überrumpelt und nicht genügend informiert fühlen.

Es geht nicht an, dass Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, in dieser schwierigen Situation „abtauchen“. Sie sind als Repräsentantin unserer Stadt nicht nur dafür zuständig, die „guten Nachrichten“ zu überbringen. Es ist Ihre Pflicht, den Bürgerinnen und Bürgern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ihrer Verwaltung zu vermitteln, dass Sparmaßnahmen unverzichtbar sind, wenn wir unsere Gestaltungskraft nicht aufgeben wollen. Sie haben das uns gegenüber getan – jetzt müssen Sie es auch ins eigene Haus hinein und nach draußen tragen.

Deswegen fragen wir Sie heute:

Unterstützen Sie noch immer die Aussage der Kämmerin, dass wir sparen müssen, um weiterhin gestalten zu können?

Halten Sie an dem mit großer Mehrheit gefassten Ratsbeschluss vom 18.12.2009 noch fest?

Welche Einsparungen wollen Sie umsetzen?

Oder sind Sie – wie die SPD – der Auffassung, dass die notwendigen Bemühungen für eine Konsolidierung unseres Haushaltes bereits abgeschlossen sind?

Es ist Ihre Aufgabe, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, einen Haushalt einzubringen, der der finanziellen Situation unserer Stadt gerecht wird. Es ist Ihre Aufgabe, eine mittelfristige Finanzplanung vorzulegen, die nachvollziehbar eine Verbesserung der Haushaltssituation – in dem erforderlichen Umfang – erkennen lässt. Gelingt dies nicht, ist es Ihre Aufgabe, ein Haushaltssicherungskonzept vorzulegen.

Wir fordern Sie darum auf: Werden Sie dieser Verantwortung gerecht. Aus Sorge und Verantwortung für unsere Stadt.

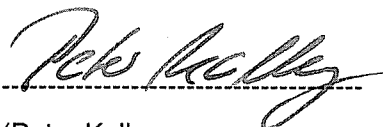
Aus ebendieser Sorge und Verantwortung werden wir, die Fraktionen von CDU, Grünen und UWG, keinem Haushalt zustimmen, der nicht erkennbar zu einer mittelfristigen Verbesserung der finanziellen Situation beiträgt. Und wir werden keinem Stellenplan zustimmen, der nicht erkennen lässt, dass die Verwaltung ernsthafte Aufgabenkritik betreibt und ihren Beitrag zur Konsolidierung leistet.



(Heiner Kollmeyer -
Vorsitzender der CDU-Fraktion)



(Marco Mantovanelli -
Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)



(Peter Kalley -
Vorsitzender der UWG-Fraktion)